

**Protokoll über die öffentliche Sitzung des Rundfunkrats
am 30. September 2021**

Ort: Radio Bremen

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 19:30 Uhr

Teilnehmende:

Vorsitz:

Dr. Klaus Sondergeld

Rundfunkrat:

Klaus Becké

Ellen-Anna Best

Annika Brinkmann

Martina Burandt

Pierre Demirel

Devrim Dogan

Andreas Egbers-Nankemann

Arne Frankenstein

Ute Golasowski

Dr. Ernesto Harder

Walter Henschen

Michael Horn (ab 16:45 Uhr)

Gerhild Hustädt

Selda Kaiser

Katharina Kissling

Dr. Hermann Kuhn

Christian Linker

Christiane Niebuhr-Redder

Bernd Panzer

Uwe Parpart

Elena Reichwald

Ramona Ruf

Nathalie Sander

Thomas von Zabern

Simon Zeimke

Verwaltungsrat:

Roland Warmbein (bis 17:20 Uhr)

Radio Bremen:

Dr. Yvette Gerner

Brigitta Nickelsen

Jan Weyrauch

Jan Schrader

Sven Carlson

Christina Del Din

Martin Niemeyer

Katja Pietsch (TOP 13)

Anna-Katharina Puschmann

Simon Sax

Mareike Stephan

Dr. Enzo Vial

Vom Personalrat entsandt:

Gerrit Busch

Cengiz Tarhan

Heike Zeigler

Frauenbeauftragte:

Natalie Schleufe

Publikumsbeauftragte:

Eva Linke

Gäste:

Stefan Kröck (PwC) (TOP 8)

Senatskanzlei:

Dr. Timo Utermark

Protokoll:

Lisa Gronau

Entschuldigt:

Rundfunkrat:

Nikolai Goldschmidt, in Vertretung anwesend Ramona Ruf
Cornelia Hopp, in Vertretung anwesend Simon Zeimke
Beate Röllecke, in Vertretung anwesend Marko Gartelmann

Hendrikje Brüning und ihr Stellvertreter Radek Krolczyk
Ridvan Dindar und seine Stellvertreterin Farina Kemp-Bedoui
Ariane C. Redder und ihr Stellvertreter Marcel Schröder
Dirk Schmidtman und seine Stellvertreterin Anna Möller

Verwaltungsrat:

Prof. Dr. Thomas von der Vring, in Vertretung anwesend Roland Warmbein
(stellv. VR-Vorsitzender)

Radio Bremen

Dorothea Hartz, in Vertretung anwesend Natalie Schleufe

Tagesordnung

1. Genehmigung der Tagesordnung
 2. Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Rundfunkratssitzung am 8. Juli 2021
 3. Bericht des Vorsitzenden
 4. Bericht des Vorsitzenden des Verwaltungsrats
 5. Bericht der Intendantin
Vorlage 18/2021
 6. Berichte aus den Ausschüssen / der AG
 - a. Finanz- und Organisationsausschuss
 - b. Ausschuss für Zukunftsfragen und Telemedien
 - c. Programmausschuss
 - d. AG Dreistufentest
 7. Berichte vom ARTE-Programmbeirat und ARD-Programmbeirat
 8. Jahresabschluss
Vorlage 19/2021
Präsentation
Gast: Stefan Kröck, PwC
 9. Bericht der ARD über die Erfüllung ihres Auftrags 2019/2020 sowie Leitlinien 2021/2022
Vorlage 20/2021
 10. Bericht über Auswertung des ARD-Zukunftsdialogs
Präsentation
Gast: Christina Del Din, Leiterin Kommunikation
 11. Publikumsakzeptanz von Radio Bremen-Angeboten
Vorlage 21/2021
 12. Programmbeschwerden und wesentliche Eingaben
 - a. Bericht über Programmbeschwerden und wesentliche Eingaben
Vorlage 22/2021
 - b. Programmbeschwerde zu „Rabiat: in Gottes Namen“
Vorlage 23/2021
Antwortentwurf des Rundfunkratsvorsitzenden
 13. Rückblick auf Corona-Berichterstattung
Präsentation
Gast: Katja Pietsch, Chefredakteurin
 14. Organisatorische Änderungen
 - a. in der Direktion für Unternehmensentwicklung und Betrieb
Vorlage 24/2021
 - b. in der Programmdirektion
Vorlage 25/2021
 15. Verschiedenes
-

Herr Dr. Sondergeld begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die öffentliche Sitzung des Rundfunkrats um 16:30 Uhr.

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form genehmigt.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Rundfunkratssitzung am 8. Juli 2021

Das Protokoll wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

TOP 3: Bericht des Vorsitzenden

Herr Dr. Sondergeld begrüßt alle Teilnehmenden und stellt Frau Hustädt vor, die als Nachfolgerin für Frau Falkenberg (ehemals stellvertretende Rundfunkratsvorsitzende) als DJU-Mitglied im Rundfunkrat sitzt. Sie werde, so Herr Dr. Sondergeld, im Ausschuss für Zukunftsfragen und Telemedien und dem Programmausschuss mitarbeiten.

Herr Dr. Sondergeld berichtet über die Gremienvorsitzendenkonferenz (GVK), die vor ungefähr anderthalb Wochen stattgefunden habe. Die GVK habe sich u.a. mit einem Gutachten zum Verfahren zur Finanzbedarfsermittlung befasst, das am 31. September 2021 online veröffentlicht werde.¹ Zudem habe sich die GVK intensiv mit der neuen Version der Selbstverpflichtung der ARD beschäftigt, er werde dazu mehr unter TOP 9 einbringen.

Anschließend verweist Herr Dr. Sondergeld auf weitere Informationen zur Neuausrichtung des ARD-Angebots, die in Form einer Präsentation von der ARD-Programmdirektion vorgestellt worden seien. Auf Vorschlag von Herrn Prof. von der Vring während der GVK werde die Präsentation allen Rundfunks- und Verwaltungsratsmitgliedern bereitgestellt. Der endgültige Zeitplan und die Struktur der Neuausrichtung ergäben sich im Laufe des Oktobers: nach der Klausur der Videoprogramm-Konferenz am 12. und 13. Oktober, die auf die Informierung der Gremienvorsitzenden folge, sowie nach dem Beschluss der Intendant*innen am 15. Oktober.

Auf Nachfrage von **Herrn Dr. Kuhn** wird die weitere Befassung des Rundfunkrats über die Neuausrichtung des ARD-Angebots auf TOP 9 vertagt.

Der Rundfunkrat nimmt den Bericht des Rundfunkratsvorsitzenden zur Kenntnis.

TOP 4: Bericht des Vorsitzenden des Verwaltungsrats

Herr Warmbein berichtet, dass sich der Verwaltungsrat am 3. September getroffen habe. Neben dem Bericht der Intendantin habe der Jahresabschluss von Radio Bremen im Mittelpunkt der Sitzung gestanden. Dem Verwaltungsrat

¹ <https://www.ard.de/die-ard/wie-wir-funktionieren/gremien/gvk-pressemitteilungen/2021-10-11-Gutachten-Finanzbedarfsermittlung-100>

sei der Jahresabschluss 2020 sowie die Haushaltsrechnung für das kommende Jahr zur Prüfung vorgelegt worden.

Folgende Beschlüsse seien gefasst worden:

- a. Der Verwaltungsrat nimmt den Bericht von PricewaterhouseCoopers zur Kenntnis.
- b. Der Verwaltungsrat hat den von der Intendantin vorgelegten Jahresabschluss geprüft und am 30. September gemäß Radio Bremen-Gesetz dem Rundfunkrat mit Bitte um Genehmigung vorgelegt.
- c. Dem Rundfunkrat wird gemäß § 9 Abs. 2 Ziff. 6 Radio Bremen-Gesetz vorgeschlagen, den Jahresfehlbetrag von 7,14 Millionen Euro dem Kapitalkonto zu entnehmen. Der verbleibende Saldo liegt bei 4,358 Millionen Euro.

und

- d. Der Rundfunkrat wird um Entlastung des Verwaltungsrates und des Direktoriums für das Geschäftsjahr 2020 gebeten.

Der Verwaltungsrat habe sich außerdem mit dem Jahresabschluss der Bre-media Produktion GmbH und des Konzernabschlusses befasst, beides sei zur Kenntnis genommen worden.

Außerdem hätten drei organisatorische Änderungen auf der Tagesordnung gestanden, die der Verwaltungsrat gebilligt habe. Zum einen sei dies die Veränderung in der Direktion für Unternehmensentwicklung und Betrieb mit einer geteilten Direktor*innen-Verantwortung, DUB 50/50; zum anderen die vorgezogene Zusammenlegung der Bereiche Koordination-Technik und Koordination-Produktion; schließlich in der Programmdirektion die Umsetzung von Bremen Eins in die Chefredaktion.

Der Rundfunkrat nimmt den Bericht des stellvertretenden Verwaltungsratsvorsitzenden zur Kenntnis.

TOP 5: Bericht der Intendantin

Vorlage 18/2021

Zunächst berichtet **Frau Dr. Gerner** aus der ARD-Sitzung, die am 21./22. September in Berlin stattgefunden hat. Bei dieser Sitzung sei die Präsidentin der European Broadcasting Union (EBU), Delphine Ernotte, zugeschaltet gewesen. Die EBU sei eine gemeinsame Institution öffentlich-rechtlicher Radio- und Fernsehanstalten in Europa und angrenzender Staaten. Laut Frau Dr. Gerner warb Frau Ernotte für eine stärkere Kooperation bei den Content-Produktionen und für eine aktivere Rolle der EBU. Diese Initiative sei bei den Intendant*innen auf Zustimmung gestoßen. Sie fügt hinzu, dass einige Landesrundfunkanstalten (LRA) diesbezüglich bereits im Austausch seien. Über Frau Nickelsen bringe sich Radio Bremen beispielsweise mit Fortbildungen in die EBU ein.

Eine weitere wichtige auf der ARD-Sitzung gefallene Entscheidung bestehe darin, dass der Weg für die neue gemeinsame Einrichtung, GSEA-ARD-Kultur, freigemacht worden sei. Im nächsten Schritt solle ein Kulturstipendium aufgelegt werden. Es solle bereits im kommenden Jahr zur Finanzierung ei-

nes ersten Stipendiat*innenkreises kommen, der sich aus 16 Stipendien, einem pro Bundesland, zusammensetze. Diese Stipendien würden mit einem thematischen Obertitel ausgeschrieben, auf den in der Bewerbung Bezug genommen werden solle. Weitere Informationen diesbezüglich folgten. Vorerst gebe es einen Workshop mit dem federführenden MDR und allen Landesrundfunkanstalten. Durch das Projekt gelinge eine deutlichere Kulturförderung, die gemeinsam mit der GSEA gestartet werde. Diese Förderung solle offiziell in der nächsten ordentlichen ARD-Sitzung, spätestens im November, beschlossen werden.

Des Weiteren habe während der ARD-Hauptversammlung die Wahl des ARD-Vorsitzes für 2022 stattgefunden, auf den WDR werde nun der RBB folgen. Die Wahl sei für ein Jahr erfolgt, es sei aber anzunehmen, dass der ARD-Vorsitz wie üblich für zwei Jahre beim RBB verbleibe.

Frau Dr. Gerner berichtet über zwei wesentliche Änderungen bei „(D)ein SAP“. Zum einen müsse auf Grund der hohen Komplexität der Budgetansatz für das Projekt erneut aufgestockt werden. Zum anderen werde in der ersten Welle nur noch eine Anstalt als Pilotanstalt fungieren. Radio Bremen sei zwar bereit gewesen, diese Rolle zu übernehmen, aber das Angebot sei mit Verweis auf die mangelnde Repräsentativität aufgrund der geringen Größe des Senders zurückgewiesen worden. Zur Pilotanstalt ab 2023 sei nun der MDR gewählt worden. Das Projekt erhalte von Seiten Radio Bremens jedoch weiterhin die volle technische und personelle Unterstützung.

Weiter sei aus dem Alltag Radio Bremens zu berichten, dass die Corona bedingt gebildeten A-B-Teams aufgelöst worden seien. Zudem sei entschieden worden, dass die Produktionshilfen für externe Autor*innen im Funkhaus ab Oktober wieder ermöglicht werden. Die Voraussetzung sei auch hier die Einhaltung der 3G-Regel.

Mit Blick auf die Kooperation mit dem NDR führt Frau Dr. Gerner aus, dass es zwei Workshops gegeben habe, in denen die Programmverantwortlichen beider Anstalten Kooperationsmöglichkeiten erörtert und die Vernetzung der Programmacher*innen gestärkt hätten. Auch solle der Austausch in der Programmplanung intensiviert und die Austauschprogramme zwischen Mitarbeiter*innen beider Anstalten ausgebaut werden. Darüber hinaus würden die Programmdirektionen prüfen, ob weitere Kooperationen, speziell im Bereich der niederdeutschen Sprache, zum Beispiel bei der Plattdeutsch-App, möglich seien. Sobald die Prüfungen abgeschlossen seien, würden die Ergebnisse öffentlich kommuniziert.

Die Gespräche mit der Bremer Tageszeitungen AG gingen weiter. Am vergangenen Freitag habe man sich mit dem Weser-Kurier zusammengesetzt und auf das Online-Angebot von butenunbinnen.de geschaut. Grundlage dafür sei eine zweiwöchige Auswertung des Angebots von butenunbinnen.de im Sommer gewesen. Man habe genau gezählt, wie viele Beiträge es gebe und wie diese Beiträge aussehen würden. Der Weser-Kurier habe denselben Zeitraum ebenfalls untersucht. Man sei zu übereinstimmenden Ergebnissen hinsichtlich der Auswertung gekommen, habe jedoch mit Blick auf die jeweiligen Interes-

sen keine Übereinstimmung hinsichtlich der entsprechenden Schlussfolgerungen herstellen können. Der Weser-Kurier wünsche sich, dass Radio Bremen das Angebot bei butenunbinnen.de stark einschränke. Dieser Wunsch widerspreche der von Radio Bremen vertretenen Auffassung, ihren öffentlich-rechtlichen Auftrag vollständig erfüllen zu müssen. Darum gebe es einen Dissens, den die Intendantin bedauere. Radio Bremen sei weiterhin für Kooperationen offen. Es könne allerdings dazu kommen, dass der Weser-Kurier zu juristischen Schritten greife.

Schließlich blickt die Intendantin auf die Wahlberichterstattung: Alle Wellen sowie buten un binnen hätten für ihr Publikum unterschiedliche Informationsformate zu wichtigen Wahlthemen sowie Interviews mit allen Spitzenkandidat*innen der vertretenen Parteien oder Porträts der ganz kleinen Parteien angeboten. Darüber hinaus sei es auf allen Ebenen ein Anliegen gewesen, die Erwartungen und Meinungen der Menschen im Radio Bremen-Land in die Berichterstattung einzubinden und nicht nur über Personen, sondern auch über Themen zu sprechen. An den sechs Meinungsmelder-Befragungen, unter anderem zu den Themen Mobilität, soziale Sicherheit und Klimaschutz, hätten im Schnitt jeweils über 2.600 Personen teilgenommen. Die große Dialogbereitschaft der Radio Bremen-Meinungsmelder zeige sich aber nicht nur in der guten Teilnahmezahl, sondern drücke sich auch in den durchschnittlich 6.700 verfassten Kommentaren pro Befragung aus. Mit den Meinungsmeldern sei es gelungen, den Wahlkampf mit relevanten Themen für das Publikum interessant zu machen. Welche Rolle die Bundestagswahl für die Menschen im Sendegebiet gespielt habe und wie groß das Interesse war, spiegelte sich in den Einschaltquoten, zum Beispiel von buten un binnen am Wahlabend und am Nachwahltag, wieder. Am Montagabend (27. September 2021) habe die 19:30 Uhr Ausgabe des Regionalmagazins einen Spitzenwert von 59,5 Prozent erzielt, ein All-Time-High im Land Bremen. Hieraus ließe sich schließen, dass es eine hohe Nachfrage nach politischer Berichterstattung gebe.

Fragen zum Bericht der Intendantin / den mündlichen Ergänzungen:

Die Fragerunde zum Bericht der Intendantin eröffnet **Herr Becké**. Er würde gern mehr über das Kulturstipendium wissen. Ihn interessiere, wie die Ausstattung sei, ob damit Personen oder Formate gefördert würden und ob es ein Gremium gebe, das darüber entscheide, wer das Stipendium erhalte.

Frau Dr. Gerner führt dazu aus, sobald die GSEA Kultur gegründet sei, seien es fünf Millionen Euro, die pro Jahr bereitgestellt würden. In diesem Jahr sei das Projekt mit 800.000 Euro gestartet. Leider könne zu den Kulturstipendien bislang nur gesagt werden, dass es ein Stipendium pro Bundesland geben solle und dass es ein Oberthema gebe. Es solle sich zudem nicht um klassische Kulturförderung handeln, sondern um eine, die innovative Künstler*innen und Projekte fördere. Frau Dr. Gerner fügt an, dass Herr Weyrauch dies bestätigen könne, die Kollegen Herr von Bötticher und Herr Binder seien im Kontakt mit dem MDR. Sie wisse nicht, wann der Workshop geplant sei, in dem Genaueres beschlossen werde.

Herr Weyrauch fügt an, er könne zu diesem Zeitpunkt noch nichts Konkretes sagen, aber er könne ergänzen, dass das eigentliche Ziel sei, dass im Rahmen des Stipendienprogramms Produkte entstünden, die auch programmlich verwertet, gesendet oder aufgeführt werden könnten – auch wenn das Oberthema noch nicht feststehe. Ob dies musikalischer, gestalterischer oder theatralischer Art sei, sei noch unklar.

Herr Parpart freut sich auf die Einweihung des Studios in Bremerhaven am 20. Oktober 2021. Er merkt positiv an, dass eine intensive programmliche Begleitung der Region sowie ein enger Dialog mit den Bremerhavener*innen geplant sei. Es sei jedoch wünschenswert, mehr über das inhaltliche Konzept des Studios Bremerhaven zu erfahren. Er fragt beispielsweise, welche Stellung das Studio Bremerhaven im Bezug zu Radio Bremen beziehe und wie die inhaltliche Neuausrichtung und Organisation geplant sei.

Herr Weyrauch erklärt, dass zur Studioeröffnung jedes der Programme eigene Sendungen im Studio Bremerhaven plane, dies umfasse von buten un binnen, über alle Radiowellen bis hin zu Bremen NEXT, alle ein. Das Studio in Bremerhaven sei komplett neu konzipiert worden, sodass durch zusätzliche Fläche crossmediale Produktionen möglich seien. Damit sei das Studio Bremerhaven dem Hauptstandort von Radio Bremen in puncto Ausstattung voraus. Dass Bremerhaven im Organigramm der Chefredaktion der Regionalredaktion zugeordnet sei, sei keine Neuerung, da Bremerhaven einen wichtigen Teil der Regionalberichterstattung darstelle. Die Rolle von Bremerhaven sei durch das neue Studio und die besseren Produktionsbedingungen erheblich gestärkt worden.

Herr Parpart fragt unabhängig von den technischen Gegebenheiten nach, wie zukünftig die inhaltliche Berichterstattung in Bremerhaven aussehen solle, mit welchen Schwerpunkten dort die Organisation der Themen geplant sei und wie der bereits angesprochene Dialogprozess mit der Bremerhavener Bevölkerung organisiert werden solle.

Herr Weyrauch schlägt vor, dass eine intensivere Auseinandersetzung mit den Planungen für das Studio Bremerhaven im Rahmen einer Programmausschusssitzung sinnvoll sei.

Frau Nickelsen merkt an, dass der Besprechungs- und Sitzungsraum im Studio Bremerhaven zukünftig auch als Workshop-Raum und als Brainstorming-Raum sowie für Klausuren und Volontariats-Runden genutzt werden könne.

Herr Becké schlägt vor, der Rundfunkrat solle einmal im Jahr in Bremerhaven tagen.

Herr Dr. Sondergeld stimmt seinen Vorredner*innen zu und betont, dass bisher der Anspruch bestanden habe, einmal in der Periode in Bremerhaven zu tagen. Eine Rundfunkratssitzung in Bremerhaven solle, wenn Corona es wieder zulasse, in Angriff genommen werden.

Herr Dr. Kuhn drückt sein Lob für die Wahl- und Vorwahlberichterstattung aus. Insbesondere sei der Podcast von Felix Krömer sehr gut gewesen, er zeichne sich durch Fairness aus und schaffe es, Personen nahezubringen aber auch Diskussionen über die wesentlichen Themen zu führen. Mit Blick auf die Diskussion über Bremerhaven merkt Herr Dr. Kuhn an, dass bei den Meinungsmeldern doch häufig kommunale Fragen aus Bremen das Thema seien.

Herr Dr. Sondergeld schließt sich seinem Vorredner an und lobt die Wahlberichterstattung. Insbesondere bei Bremen Zwei sei auch über Nachbarorte berichtet worden, in denen die niedersächsischen Kommunalwahlen stattgefunden hätten.

Herr Dr. Harder stellt eine Nachfrage bezüglich des angedeuteten möglichen Rechtsstreites mit dem Weser-Kurier. Ihn interessiere der Fortgang des Dialogs mit dem Weser-Kurier und die Frage, ob auf eine Klage seitens des Weser-Kuriers gewartet werde.

Herr Dr. Sondergeld schlägt vor, dass es aus Gründen des Sachzusammenhangs sinnvoll sei, im Rahmen der Beratung über den Dreistufentest unter TOP 3 des nicht öffentlichen Teils der Rundfunkratssitzung über dieses Thema zu sprechen.

Der Rundfunkrat nimmt den Bericht der Intendantin sowie ihre mündlichen Ergänzungen zur Kenntnis.

TOP 6: Berichte aus den Ausschüssen

Herr Dr. Sondergeld macht einen Vorschlag bezüglich des weiteren Vorgehens. Anstatt die einzelnen Ausschussvorsitzenden der Reihe nach vortragen zu lassen, sollten die Berichte im Rahmen des Protokolls verschickt werden. Einzelne Nachfragen seien während der Ausschusssitzungen oder bei der nächsten Rundfunkratssitzung möglich.

- a. **Finanz- und Organisationsausschuss²**
- b. **Ausschuss für Zukunftsfragen und Telemedien³**
- c. **Programmausschuss⁴**
- d. **AG Dreistufentest**

Herr Dr. Sondergeld stellt fest, dass über die AG Dreistufentest im Rahmen des TOP 3 der nicht öffentlichen Sitzung berichtet werde.

² <https://www.radiobremen.de/ueber-uns/gremien/finanz-organisationsausschuss-100.html>

³ <https://www.radiobremen.de/ueber-uns/gremien/ausschuss-zukunftsfragen-telemedien-100.html>

⁴ <https://www.radiobremen.de/ueber-uns/gremien/programmausschuss-100.html>

TOP 7: Berichte vom ARTE-Programmbeirat und ARD Programmbeirat

Herr Dr. Sondergeld entschuldigt Herrn von Zabern für den ausbleibenden Bericht aus dem ARTE-Programmbeirat, aus Krankheitsgründen habe Herr von Zabern an der vergangenen Sitzung des Beirats nicht teilnehmen können.

ARD-Programmbeirat

Herr Dr. Kuhn berichtet, dass im ARD-Programmbeirat, wie in allen anderen Gremien auch, in den letzten Sitzungen viel Zeit mit der Erörterung der Reformideen verbracht worden sei.

Die letzten Beobachtungen mit Blick auf Bremen haben sich auf die Olympiade in Tokio bezogen, insbesondere auf die Paralympics. Diese Berichterstattung sei überwiegend positiv beurteilt worden. Insbesondere bei den Paralympics sei sie ausgezeichnet gewesen, sehr sympathisch. Eine kleine Einschränkung sei, ähnlich wie bei der Fußball-Europameisterschaft, gewesen, dass man verpasst habe, mehr über die Austragungsorte – sowohl die Orte, die Städte, die Gemeinwesen als auch über die Menschen – zu erfahren. Das sei gerade bei der EM schade.

Positiv bewertet worden seien, so Herr Dr. Kuhn, die Sendungen, die anlässlich des sechzigsten Jahrestags des Mauerbaus gemacht worden seien. Da habe es mehrere – fiktionale wie auch dokumentarische – Sendungen gegeben. Wobei allerdings auch im Gremium festgestellt worden sei, dass die Lebenserfahrungen in Ost und West unterschiedlich seien.

Der Rundfunkrat nimmt den Bericht aus dem ARD-Programmbeitrat zur Kenntnis.

TOP 8: Jahresabschluss
Vorlage 19/2021
Präsentation
Gast: Stefan Kröck, PwC

Präsentation „Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2020“

Präsentation „Jahresabschluss 2020“

Fragen zum Jahresabschluss 2020:

Herr Parpart eröffnet die Diskussion zum Jahresabschluss und stellt fest, es sei nebenbei bemerkt worden, dass ein Teil der Pensionsrücklagen auch in Aktien angelegt worden sei. Er fragt nach dem Anteil der Aktien an den Pensionsrücklagen.

Herr Schrader erklärt, dass die 12 Millionen Euro Altersversorgungsrückstellungen keine Aktiengeschäfte oder Aktienverluste umfassen würden. Radio Bremen erhalte aus dem Rundfunkbeitrag für die Auffüllung des Deckungsstocks Geld und habe in diesem Zusammenhang Vorgaben durch die KEF: Es

müsse ein bestimmter Zinssatz erwirtschaftet werden, dieser Zinssatz sei in den letzten Jahren nach unten angepasst worden, das entspreche den Marktverhältnissen. 2020 sei in der Tat Vermögen teilweise noch in Aktien investiert worden, es sei dann aber grundsätzlich die Investment-Strategie bei Radio Bremen an ein eher passives Rentenanlage-Szenario angepasst worden, das durch Vermögensmanager betreut werde. Radio Bremen habe keine Aktien mehr.

Herr Kröck ergänzt, PwC habe im Rahmen der Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsatzgesetz nicht feststellen können, dass Gelder falsch oder nicht entsprechend der Anlagerichtlinie angelegt worden seien. Auf der Verbindlichkeiten-Seite seien die Pensionsrückstellungen Ausfluss des Zinsniveaus in Deutschland. Die Verzinsung der Pensionsrückstellungen regle die Bundesabzinsungsverordnung. Für handelsrechtliche Zwecke könne Radio Bremen keine anderen Zinssätze nehmen.

Herr Dr. Sondergeld konstatiert, die Niedrigzinsphase sei das Problem, nicht etwaige Spekulationen.

Herr Dr. Kuhn berichtet, der Finanz- und Organisationsausschuss habe sich mit dem Jahresabschluss befasst und empfehle dem Rundfunkrat, den vorliegenden Beschlussvorschlag, den auch schon der Verwaltungsrat beschlossen habe, zu unterstützen.

- a. **Der Rundfunkrat genehmigt den von der Intendantin vorgelegten Jahresabschluss 2020 gemäß § 9 Abs. 2 Ziff. 6 Radio Bremen Gesetz.**
- b. **Der Rundfunkrat beschließt gemäß § 9 Abs. 2 Ziff. 6 Radio Bremen Gesetz, den Jahresfehlbedarf von 7.144.687,82 Euro dem Kapitalkonto zu entnehmen, dessen Saldo danach 4.358.550,48 Euro beträgt.**
- c. **Der Rundfunkrat erklärt gemäß § 9 Abs. 2 Ziff. 7 und Ziff. 8 Radio Bremen Gesetz die Entlastung des Verwaltungsrats und Direktoriums für das Geschäftsjahr 2020.**

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

TOP 9: Bericht der ARD über die Erfüllung ihres Auftrags 2019/2020 sowie Leitlinien 2021/2022
Vorlage 20/2021

Der Rundfunkratsvorsitzende eröffnet den TOP 9 mit dem Hinweis, dass dem Gremium zwei Berichte vorlägen: der Bericht über die Erfüllung des Auftrags 2019/2020, entstanden unter der Verantwortung des ehemaligen ARD-Programmdirektors Volker Herres, sowie die Leitlinien 2021/2022, entstanden unter der Verantwortung der neuen ARD-Programmdirektorin Christine Strobl. Die Leitlinien 2021/2022 hießen offiziell „ARD-Selbstverpflichtung 2021/2022“. Der Bericht 2021/2022 habe sich gegenüber dem Bericht

2019/2020 durchaus gesteigert, jedoch sehe er weiterhin Verbesserungsbedarf, eine Ergänzung des Beschlussvorschlags zur Vorlage 20/2021 liege dem Gremium vor.

Der Rundfunkratsvorsitzende fordert das Gremium zur Diskussion der beiden Berichte in Verbindung mit dem Thema Neuausrichtung des ARD-Angebots auf.

Auf den Anspruch in der Selbstverpflichtung 2021/2022, ein Programm zu veranstalten, das sich an alle richtet, bezieht sich **Herr Dr. Kuhn**. Dieser Anspruch werde nur teilweise eingelöst, wenn man nun verstärkt versuche, jüngere Zielgruppen (bis 50) – etwa über die Mediathek – anzusprechen. Er wünsche sich, dass auch benachteiligte Stadtteile in den Blick genommen würden.

Des Weiteren drückt Herr Dr. Kuhn sein Unverständnis darüber aus, dass Inhalte vornehmlich für die Mediathek produziert werden sollten. Dass über Inhalte für junge Menschen nachgedacht werden müsse, verstehe er; warum diese Inhalte nicht in das lineare Angebot eingebracht werden sollten, verstehe er nicht. Diesbezüglich stellt er auch die Relevanz der Argumentationslinie in Frage, die, um neuen Formaten Raum zu geben, die Notwendigkeit von non-linearen Formate betone. Auch sei ihm nicht klar, warum die Mediathek ein Ausspielweg zur Erreichung fragmentierter Zielgruppen seien sollte, die man mit linearen Angeboten nicht erreiche. Prioritär solle mit Blick auf die ARD-Mediathek eher ein einheitliches Metadatenkonzept der Landesrundfunkanstalten umgesetzt werden, dass die Suchfunktion und Personalisierungsmöglichkeiten verbessern würde, der zweitgenannte Punkt sei auch im ARD-Programmbeirat besprochen worden.

Schließlich übt Herr Dr. Kuhn Kritik an der Begründung für die Verlegung des Weltspiegels. Die Wahrheit sei, dass der Weltspiegel auf den Montagabend verlegt werden solle, weil man die Rechte für die zweite Bundesliga eingekauft habe und dafür einen Sendeplatz brauche. Das Argument der ARD-Programmdirektorin, der Sendeplatz am späten Montagabend sei wunderbar, finde er nicht in Ordnung. Man solle klar kommunizieren, man habe Geld ausgegeben und brauche nun einen Sendeplatz. Auch das mache ihn misstrauisch gegenüber der Akzentsetzung auf die Mediathek.

Frau Dr. Gerner antwortet auf die Einwände von Herrn Dr. Kuhn und betont, es gehe nicht um ein entweder oder, sondern um ein sowohl als auch. Die Herausforderung liege darin, mit existierenden Ressourcen, Personal und Finanzen, all dies zu bewerkstelligen.

Zur Genese der Leitlinien 2021/2022 bemerkt sie, die ARD-Programmdirektorin habe den Auftrag, das Lineare und das Nonlineare zu steuern, was sich in einen entsprechenden Willen zur Gestaltung übersetze. Dazu drückt die Intendantin ihre Zustimmung aus.

Vielfalt, so Frau Dr. Gerner, hätte auch aus ihrer Perspektive in den Leitlinien eine größere Rolle spielen können. Sie wisse aber, dass das Thema in allen Landesrundfunkanstalten eine große Rolle spiele, man natürlich über die Besetzungen in Filmen und ähnliches rede.

Mit Blick auf die verschiedenen Formen bemerkt Frau Dr. Gerner, es habe schon immer einen Wandel der Mediennutzung gegeben. Durch die verschiedenen Ausspielplattformen gebe es nun Formen, die auf manchen Plattformen besser funktionierten als im Linearen. Wenn man mit den vorhandenen Ressourcen alle Plattformen bedienen solle, dann müsse man überlegen, wo Ressourcen synchronisiert werden könnten und wo übergreifend produziert werden könnte.

Indes sei die Optimierung der Suchfunktion ein prioritäres Thema aller Landesrundfunkanstalten.

Mit Blick auf das Thema Sendeplätze stellt Frau Dr. Gerner klar, die Verlegung des Weltspiegels stehe nicht im Zusammenhang mit der Sendeplatzvergabe für die 2. Bundesliga. Die Diskussion um den Weltspiegel sei schon geführt worden, als es die Senderechte für die 2. Bundesliga noch gar nicht gegeben habe.

Herr Weyrauch ergänzt die Ausführungen von Frau Dr. Gerner, man dürfe nicht nur die lineare Denkweise und die damit zusammenhängenden Sendeplatzdiskussionen sehen, sondern müsse aus Sicht der Ressourcen der ARD denken. Die Weltspiegel-Sendeplatzverschiebung werde dem großen Korrespondentennetz der ARD gerecht.

Mit Blick auf unterschiedliche soziale Milieus stellt Herr Weyrauch fest, dass das Erreichen von auch bildungsfernen Milieus ein Problem des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sei. Genau aus diesem Grund sei etwa Bremen NEXT gegründet worden, es spreche eben nicht nur ein junges Publikum an. Diese Problematik ließe sich stärker in den Leitlinien abbilden.

Zur Optimierung der Suchfunktion erörtert der Programmleiter die Schwierigkeiten der Metadaten-Erfassung und -Harmonisierung.

Herr von Zabern kritisiert, die Diskussion fokussiere sich auf die jungen Mediennutzer*innen, obwohl ein Großteil des Publikums mehrheitlich noch lineares Fernsehen nutze. Er trägt seine Bedenken vor, das lineare Programm verliere dann an Qualität, wenn Ressourcen zum non-linearen Programm, in den online Bereich, verlagert werden würden. Insbesondere bemängelt er, der finanzielle Einsatz für Online-Only-Inhalte werde aus den Leitlinien nicht ersichtlich. Schließlich bittet er um eine Klärung des Komplexes Investigativ-/Politikmagazine in den Leitlinien.

Herr Dr. Sondergeld wirft ein, die angestrebten Änderungen seien nicht so radikal, dass das lineare Programm zugunsten der digitalen Zukunft abgeschafft werde. Vielmehr treibe ihn die Sorge um, dass der Generationenabriss tatsächlich stattfinde. Den Publikumsmarkt nur privaten Portalen wie YouTube zu überlassen, könne nicht das Ziel sein. In der Konsequenz werbe er für einen Vertrauensvorschuss für die neue ARD-Programmdirektion.

Mit Blick auf das unterkomplexe Publikumsbild in den Leitlinien pflichtet er Herrn Dr. Kuhn bei. Es fehle an der Differenzierung in soziale Gruppen. Den Sendeplatz des Weltspiegels, so Herr Dr. Sondergeld, ließe man lieber unberührt, wenn es sich dabei um einen so symbolischen Punkt handle. Insgesamt erkenne er jedoch beim Thema Magazine das Erregungspotential nicht. Er zähle acht bis zehn Magazinausgaben pro Monat, nun solle eben

eine Magazinausgabe im Monat (rollierend über alle Magazine) monothematisch oder eine Dokumentation werden. Relevanter sei die Qualitätsdiskussion in der GVK über die Inhalte der Magazine, die Magazine müssten wieder an Sichtbarkeit im politisch-medialen Diskurs gewinnen.

Die Intendantin versichert, niemand wolle das lineare Programm massiv kürzen, man müsse aber auch Teile in das Non-Lineare umschichten und Spezialangebote schaffen, um den Auftrag, die gesamte Bevölkerung zu erreichen, erfüllen zu können. Mit Blick auf den Onlinemarkt macht sie auch auf die Onlineexpansionsstrategien der privaten Sender und die Marktmacht amerikanischer Streamingdienste aufmerksam. Die Situation der Politikmagazine schätze sie ähnlich undramatisch ein wie Herr Dr. Sondergeld.

Der Programmdirektor **Herr Weyrauch** bestätigt, dass jetzt nicht plötzlich alle Mittel in die Mediathek umgeschichtet werden würden. Im Vergleich zum Linearen ginge es immer noch um einen kleinen Anteil.

Frau Best erörtert an Hand verschiedener Beispiele, warum das non-lineare Angebot vor allem für Menschen unter 50 Jahren enorm wichtig sei. Mit Blick auf die Politikmagazine berichtet sie, dass ihr längere Reportagen und Dokumentationen lieber seien als die kurzen Beiträge der Magazine.

In Anbetracht der vorausgegangenen Beiträge zur Relevanz des linearen Programms bemängelt **Herr Dr. Kuhn** die Formulierung „Konsequent Fokus auf Formate und Inhalte, nicht auf Sendeplätze und Ausspielwege.“ in den Leitlinien. Dabei ginge es doch genau um Sendeplätze und Ausspielwege. Mit Blick auf die Finanzen regt er an, möglichst in solche Inhalte zu investieren, die linear wie non-linear ausgespielt werden können. Indes überzeugten ihn die Ausführungen zum Sendeplatz des Weltspiegels nicht.

Mit Blick auf die Ergänzung des Rundfunkratsvorsitzenden zur Vorlage 20/2021 an den Rundfunkrat hält Herr Dr. Kuhn es für falsch, dass quantitative Ziele zur Auftragserfüllung definiert werden sollen.

Herr Zeimke erklärt, man dürfe nicht dem Trugschluss unterliegen, eine große Zahl jüngerer Menschen kehre zur linearen Fernsehnutzung zurück. Er vertrete ebenfalls den Standpunkt, dass so produziert werden müsse, dass Inhalte linear und online non-linear ausgespielt werden können.

Herr Demirel schließt sich seinen Vorredner*innen an. Auch junge Menschen seien Rundfunkbeitragszahler*innen oder würden zumindest in absehbarer Zukunft zu solchen werden.

Frau Dr. Gerner bedankt sich für die vielschichtige Debatte. Mit Blick auf die Leitlinien 2021/2022 hebt sie deren fortschrittlichen Charakter hervor und betont die gute Arbeit der neuen ARD-Programmdirektion. Man müsse beobachten, wie sich die ARD-Mediathek und Das Erste entwickelten und wie sich die Arbeit der Videoprogrammkonferenz (VPK) in den verschiedenen Handlungsfeldern gestalte.

Das Ende der Debatte wird von **Herr Dr. Sondergeld** eingeleitet, der seine Ergänzungen zur Vorlage 20/2021 erörtert. Sie betone den Bezug der Selbstverpflichtung auf den Auftrag. Mit Blick auf den Einwand von Herr Dr. Kuhn schlägt er vor, den Halbsatz „und die Ziele vermehrt mit quantitativen Indikatoren und messbaren Qualitätsprofilen unterlegt werden, um eine Überprüfung der Zielerreichung zu erleichtern.“ aus der Ergänzung zu streichen.

Es ergeht der folgende einstimmig gefasste Beschluss:

Der Rundfunkrat nimmt

- **den Bericht der ARD über die Erfüllung ihres Auftrags, über die Qualität und Quantität ihrer Angebote und Programme sowie über die geplanten Schwerpunkte 2019/20 sowie**
- **die ARD-Selbstverpflichtung 2021/22**

in der jeweils vorliegenden Entwurfsfassung zur Kenntnis und beschließt, die zugrundeliegende Beschlussvorlage, um die vom Rundfunkratsvorsitzenden schriftlich vorgelegte Ergänzung des Beschlussvorschlags in der (wie vorstehend beschrieben) abgeänderten Fassung zu erweitern:

Der Rundfunkrat begrüßt die neue Form des Entwurfs der ARD-Selbstverpflichtung 2021/22 (vormals „ARD-Leitlinien“). Wohl wissend, dass die Kürze der Bearbeitungszeit für die neue Leitung der ARD-Programmdirektion eine große Herausforderung bedeutete, geht der Rundfunkrat davon aus, dass künftig der Bezug zum Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks noch expliziter hergestellt wird. Der Rundfunkrat würde bei der Fortschreibung der Selbstverpflichtung eine längere Vorlaufzeit für die Beratungen in den Ausschüssen und Plena der Landesrundfunkanstalten begrüßen. Im Einzelnen regt der Rundfunkrat an, auf Seite 10 der Selbstverpflichtung unter der Überschrift „Programmliche Vielfalt bedeutet auch Genre-Vielfalt“ den Punkt „Berichterstattung, die das aktuelle Geschehen mit unserem einzigartigen Korrespondent:innen-Netzwerk verständlich aufbereitet“ von der letzten auf die dritte Stelle der Aufzählung vorzuziehen, um durch diese Platzierung und Bündelung die Bedeutung der Informationsangebote und -genres zusätzlich hervorzuheben. Der Rundfunkrat schlägt darüber hinaus vor, zu den drei priorisierten Zielen im Kasten auf Seite 10 ein viertes in sinngemäß folgender Formulierung hinzuzufügen: Wir betonen, dass wir insbesondere mit vielfältigen Informationsangeboten ein möglichst großes und möglichst vielfältiges Publikum erreichen wollen.

TOP 10: Bericht über Auswertung des ARD-Zukunftsdialogs
Präsentation
Gast: Christina Del Din, Leiterin Kommunikation

Präsentation „ARD-Zukunftsdialog“

Fragen zum ARD-Zukunftsdialog:

Im Anschluss an die Präsentation von Christina Del Din begrüßt **Frau Niebuhr-Redder** den Zukunftsdialog, bezweifelt aber zugleich die Repräsentativität des Verfahrens, es handle sich um einen Dialog von Medieninteressierten zu Medieninteressierten.

Herr Dr. Sondergeld schließt sich seiner Vorrednerin an, betont aber, der Zukunftsdialog könne durchaus sinnvoll und befruchtend für die weitere Programmarbeit seien.

Mit Blick auf die Teilnehmer*innenzahl fragt **Herr Panzer**, ob es Überlegungen gebe, diese Zahl bei einer weiteren Online-Befragung zu steigern.

Herr Parpart stellt die Frage, inwiefern Menschen einer politisch rechten Ausrichtung vermehrt am Zukunftsdialog teilgenommen haben.

Frau Del Din nimmt Bezug auf die Anmerkung von Frau Niebuhr-Redder und stimmt ihr zu, dass das Problem der Repräsentativität bei der Konzeption von Verfahren wie dem Zukunftsdialog durchaus vorliege. Sie beschreibt das Rekrutierungsverfahren für den Zukunftsdialog, der von einer Agentur veranstaltet worden sei, die nach Kriterien wie Alter, Geschlecht, Wohnort und Einstellung zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk Teilnehmer*innen gesucht habe. Insbesondere bildungsschwache Personen hätten am Zukunftsdialog nicht teilgenommen. Mit Blick auf eine Fortsetzung des Dialogs für Radio Bremen beabsichtige sie, Menschen in benachteiligten Stadtteilen zu erreichen. Eine Erklärung für die relativ geringe Teilnehmer*innenzahl am Zukunftsdialog sei in dem Umstand zu suchen, dass viele dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk gegenüber positiv eingestellten Menschen die Teilnahme am Dialog nicht für notwendig erachteten. Jedoch sei auch kein Kapern des Zukunftsdialogs durch Teilnehmer*innen einer bestimmten politischen Richtung zu beobachten gewesen.

Herr Becké stellt die Frage, ob der Zukunftsdialog substantiell neue Erkenntnisse geliefert habe.

Frau Del Din antwortet darauf, dass der Wunsch nach einer stärkeren Berücksichtigung des ländlichen Raums in den Inhalten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks überraschend gewesen sei. In diesem Zusammenhang weist sie auf die diesjährige ARD-Themenwoche „Stadt.Land.Wandel“ hin.

Herr Dr. Sondergeld bedankt sich bei Frau Del Din für die Ausführungen und schlägt vor, dass die Konzeption des Zukunftsdialogs 2022 bei Radio Bremen dem Rundfunkrat vorgestellt werden könne, bevor dieser in die Praxis umgesetzt werde. Er schlägt vor, dies könne in der Frühjahrssitzung des Rundfunkrats geschehen.

Frau Del Din stimmt dem zu.

TOP 11: Publikumsakzeptanz von Radio Bremen-Angeboten
Vorlage 21/2021

Herr Weyrauch berichtet, die Publikumsakzeptanz sei mit 57 Prozent Marktanteil besser denn je.

Der Rundfunkrat beglückwünscht Radio Bremen.

Der Rundfunkrat nimmt den Bericht zur Akzeptanzentwicklung der Programme von Radio Bremen zur Kenntnis.

TOP 12: Programmbeschwerden

- a. **Bericht über Programmbeschwerden und wesentliche Eingaben**
Vorlage 22/2021

Der Rundfunkrat nimmt den Bericht über Programmbeschwerden und wesentliche Eingaben in der Zeit vom 18. Juni bis 04. September 2021 zur Kenntnis.

- b. **Programmbeschwerde zu „Rabiat: in Gottes Namen“**
Vorlage 23/2021
Antwortentwurf des Rundfunkratsvorsitzenden

Eine Programmbeschwerde zur Rabiat-Folge „Rabiat: Im Namen Gottes“ sei im Programmausschuss beraten worden, berichtet **Herr Dr. Sondergeld**. Dieser Beratung entspreche der vorliegende Antwortentwurf des Rundfunkratsvorsitzenden an den Petenten. Die Programmbeschwerde sei abzulehnen.

Herr Becké stimmt zu, dass die Programmbeschwerde zwar abzulehnen sei, moniert aber, dass auch ihn in seiner Rezeptionserfahrung gestört habe, dass auf den gefälschten Charakter eines zentralen Dokuments erst am Ende des Beitrags aufmerksam gemacht worden sei.

Herr Dr. Sondergeld stellt den Entwurf des Antwortschreibens an den Petenten zur Abstimmung.

Der Rundfunkrat lehnt die Programmbeschwerde einstimmig ab und stimmt dem Versand des Antwortschreibens an den Petenten zu.

TOP 13: Rückblick auf die Corona-Berichterstattung
Präsentation
Gast: Katja Pietsch, Chefredakteurin

Präsentation „Corona-Berichterstattung bei Radio Bremen“

Fragen zur Corona-Berichterstattung:

Herr Dr. Sondergeld bedankt sich nach der Präsentation bei allen Mitarbeiter*innen von Radio Bremen, dass sie den öffentlich-rechtlichen Auftrag auch in der Corona-Krise „auf sehr, sehr gute Weise“ erfüllt hätten. Er fragt, ob man die Impfquote in der buten un binnen Sendung nennen könne.

Herr Linker schließt sich dem Lob für die gelungene Corona-Berichterstattung an. Gestört habe ihn jedoch die geringe Vielfalt der Kommentator*innen bei buten un binnen.

Zur Nennung der Impfquote bemerkt Programmdirektor **Herr Weyrauch**, es sei schwierig, sie täglich in den Nachrichten zu senden, da sich diese derzeit kaum mehr erhöhe.

Bei der Nennung der Impfquote pflichtet **Frau Pietsch** Herrn Weyrauch bei. Zur Vielfalt der Kommentierenden bemerkt sie, im Falle der Rubrik „Ein Meter Fünfzig“ seien mehr Kolleg*innen zur Meinungsäußerung aufgerufen gewesen, gleichzeitig sei zugleich eine gewisse Schwäche in diesem Feld erkennbar.

Herr Egbers-Nankemann bedankt sich dafür, dass Radio Bremen den Sendebetrieb einwandfrei aufrechterhalten habe. Auch für die Gremien sei gute Zuarbeit geleistet worden.

Herr Dr. Sondergeld schließt sich dem Lob für das Gremienbüro an.

Mit Blick auf das schnelle Impfen und die hohe Impfquote vertritt **Frau Niebuhr-Redder** den Standpunkt, dies sei ein Resultat des guten Zusammenspiels zwischen Wirtschaft, Politik und Medien im Land Bremen.

Frau Kaiser berichtet aus ihrem Beruf als Lehrerin, dass die ständige Verfügbarkeit der neuesten Kennziffern und Berichte über die Pandemie bei buten un binnen im Alltag geholfen habe.

Der Personalratsvorsitzende **Herr Busch** ergänzt die bisherigen Ausführungen um seine Perspektive hinter die Kulissen bei Radio Bremen. Die Umstellung in den Pandemiemodus sei geräuschlos erfolgt, auch habe es keine großen Auseinandersetzungen in der Belegschaft über die Maskenpflicht, die Impfpflicht o.ä. gegeben.

TOP 14: Organisatorische Änderungen

Herr Dr. Sondergeld ruft den TOP 14 auf, der sich unter Punkt a. mit den organisatorischen Veränderungen in der Direktion für Unternehmensentwicklung und Betrieb befasse sowie unter Punkt b. mit solchen in der Programmleitung.

a. in der Direktion für Unternehmensentwicklung und Betrieb
Vorlage 24/2021

Frau Dr. Gerner betont die Wichtigkeit des New-Work-Prozesses und auch vor diesem Hintergrund die Fortschrittlichkeit der geteilten Direktion.

Der Rundfunkrat nimmt die organisatorischen Veränderungen in der Direktion für Unternehmensentwicklung und Betrieb zur Kenntnis.

b. in der Programmdirektion
Vorlage 25/2021

Der Rundfunkrat nimmt die organisatorischen Veränderungen in der Programmdirektion zur Kenntnis.

TOP 15: Verschiedenes

Es gibt keine Wortmeldungen.

Herr Dr. Sondergeld schließt die öffentliche Rundfunkratssitzung um 19:30 Uhr.

Genehmigt:

gez. Dr. Klaus Sondergeld
Vorsitzender des Rundfunkrats

Protokoll:

gez. Lisa Gronau